

# Wittgensteiner Zeitung

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg.  
Familien- und kleine Anzeigen . . . 8 Pfg.  
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.  
Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif

Die „Wittgensteiner Zeitung“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark / Postfachkonto 404 49 Kblm  
Kreiskasse Laasphe Nr. 89

Nummer 19

Fernsprecher Nr. 1

Laasphe, Mittwoch den 23. Januar 1929

54. Jahrgang

## Neues vom Tage.

Der polnische Delegationsführer für die Handelsvertragsverhandlungen hat den deutschen maßgebenden Stellen die Antwort auf die deutschen Anfragen über die Zollermäßigungen überreicht, die die polnische Regierung deutschen Waren bei einem künftigen Handelsvertrag zu gewähren beabsichtigt.

In einer kleinen Kapelle zu Rott bei Remscheid wurde ein wertvolles mittelalterliches Kunstwerk, eine plastische Darstellung der schmerzhaften Mutter Gottes aus dem 14. Jahrhundert aufgefunden.

In Babjanice bei Lodz sind 20.000 Personen, d. h. etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung, an Grippe erkrankt. Die Arbeit in den Fabriken und Büros ist fast völlig lahmgelegt.

Der Zustand der Königin von Schweden, die in Rom sehr krank darniederliegt, wird als befriedigend bezeichnet.

Der Gouverneur des Staates Oklahoma ist durch einen Beschluss des Senates seines Amtes entbunden worden. Der Gouverneur wird von dem Gerichtshof des Senates wegen Korruption und moralischer Verworfenheit angeklagt.

Nach einer Meldung aus Buenos Aires sind auf einem belgischen Frachtdampfer 200 mit flüchtigem Brennstoff gefüllte Fässer explodiert.

In Tokio ist ein Theater-Museum zum Gedenken Shakespeares eingeweiht worden, in dem Bilder, Kostüme und Werke von ihm vom 17. Jahrhundert an ausgestellt sind.

## Schwierige Lage.

Am 24. Januar wird der Deutsche Reichstag wieder zusammentreten. Am gleichen Tage versammelt der Reichstagsrat, der jetzt in der Regierung vertretenen Parteien, um mit ihnen über die Verabschiedung des Reichshaushalts für 1929/30 durch den Reichstag zu sprechen. Es heißt, daß Reichstagskanzler Müller den größten Wert auf eine unbedingte Klärung der politischen Situation in dieser interfraktionellen Besprechung lege. Das wird freilich nicht ganz einfach sein. Denn die innerpolitische Lage im Reich ist zurzeit recht schwierig.

Da ist zunächst der Reichetat mit seinem Fehlbetrag von 500 Millionen Mark, der durch neue Steuern aufgebracht werden soll. Eine der in der Regierung vertretenen Parteien — es ist die Bayerische Volkspartei — hat die vorgeschlagene Erhöhung der Biersteuer bereits kategorisch abgelehnt. Weiter hat sie erklärt, daß sie den gleichen Widerstand dem Vorschlag der Reichsregierung entgegensetze, die Steuerüberweisungen des Reiches an die Länder um 120 Millionen Mark zu kürzen. Bei Gelegenheit dieses Protestes hat man erfahren, daß die Deckungsvorlage der Reichsregierung keineswegs auf einem einstimmigen Beschluß des Kabinetts beruht, sondern daß schon innerhalb der Reichsregierung erhebliche Meinungsverschiedenheiten aufkamen und daß man schließlich die Deckungsvorlage nur durch Mehrheitsbeschluß zustande brachte. Offenbar hat der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, Reichspostminister Schögel, schon bei den Beratungen innerhalb des Reichskabinetts energisch gegen die beiden genannten Vorschläge opponiert. Diese Opposition wird bei den Beratungen im Reichsrat seitens der bayerischen Regierung und bei den Beratungen im Reichstag seitens der Bayerischen Volkspartei weitergeführt werden. Inwieweit sie im Reichstag bei anderen Parteien Unterstützung findet, läßt sich heute noch nicht absehen, dagegen kann man annehmen, daß sich im Reichsrat die beiden anderen süddeutschen Länder, Württemberg und Baden, der bayerischen Opposition anschließen werden. Es wird also schon wegen der Biersteuer und wegen der Kürzung der Reichsüberweisung an die Länder zu recht scharfen Auseinandersetzungen kommen. Ja, möglicherweise sogar zu einer Regierungskrise — dann nämlich, wenn die Bayerische Volkspartei ihre Androhung wahrmacht, d. h. ihren Minister aus dem Reichskabinet zurückzieht, falls man ihre Forderungen ablehnt.

Es bestehen aber auch bei anderen Parteien erhebliche Bedenken gegen das vom Reichsfinanzminister vorgelegte und inzwischen vom Gesamtkabinet durch Mehrheitsbeschluß akzeptierte Steuerbudget. Deshalb ist auch schon der Vorschlag gemacht worden, statt der jetzt vorgeschlagenen neuen Steuern einfach die Umsatzsteuer wieder zu erhöhen. Aber auch dieser Vorschlag hat sofort in allen Wirtschaftskreisen stärksten Widerspruch hervorgerufen. Es ist in der Tat außerordentlich schwer, wenn nicht überhaupt unmöglich, eine Lösung zu finden, die man auf allen Seiten als auch nur einigermaßen erträglich und befriedigend betrachtet. So stellt die Verabschiedung des Etats und die Deckungsvorlage den Reichstag dieser Mal vor eine äußerst schwierige Aufgabe.

Die Lage wird aber dadurch noch komplizierter, daß bei den jetzt in der Regierung vertretenen Parteien offenbar keine Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer Umbildung der Reichsregierung besteht. Als man im Sommer vorigen Jahres das jetzige Reichskabinet bildete, wurde es bekanntlich als ein provisorisches bezeichnet, das im Herbst zu einem endgültigen, auf der Basis der „Großen Koalition“ ruhenden umgebildet werden sollte. Der Herbst ist längst vorüber, aber das „provisorische“ Kabinet besteht noch immer. (Wieder einmal denkt man an das fuge Bismarck-Wort, daß in der Politik nichts so lange dauerte wie ein Provisorium!) Was soll nun geschehen? Das Zentrum scheint großen Wert darauf zu legen, daß mit der Umbildung der

Regierung jetzt einmal Ernst gemacht wird. Die Deutsche Volkspartei steht anscheinend auf demselben Standpunkt. Wie man weiß, möchte sie bei dieser Gelegenheit auch wieder in die preußische Regierung eintreten. Die Sozialdemokratie dagegen ist offenbar einer Umbildung der Regierung weit weniger geneigt. Sie weist darauf hin, daß ja jetzt schon alle Parteien der „Großen Koalition“ in der Reichsregierung vertreten sind.

Man wird wohl bei den in Aussicht genommenen interfraktionellen Besprechungen auch die Frage der Regierungs-umbildung erörtern. Eine Einigung darüber ist aber mindestens ebenso schwer wie eine Verständigung über die sachlich-politischen Fragen. Denn selbst wenn man sich über eine Regierungs-umbildung grundsätzlich einigte, bliebe immer noch die sehr schwierige Frage einer Neuverteilung der Ministerämter!

So ist beim Wiederausammentritt des Reichstages schon die innerpolitische Lage recht gespannt. Ganz zu schweigen von der Außenpolitik, die mit dem bevorstehenden Beginn der neuen Reparationskonferenz wieder in einen bedeutungsvollen, unter Umständen für Deutschland entscheidenden Abschnitt eintritt.

## Der Reichshaushaltsplan.

Die Beratungen des Reichsrats.

Der Reichshaushaltsplan für das Jahr 1929 steht zum ersten Male am Donnerstag, den 24. Januar, auf der Tagesordnung des Reichsrates. Der Haushaltsplan wird voraussichtlich an diesem Tage ohne jede weitere Aussprache, wie üblich den Ausschüssen des Reichsrates zugeleitet werden, die in etwa zwei Wochen die Beratung des Haushalts abgeschlossen haben dürften. Hierauf wird der Haushalt in einer öffentlichen Sitzung des Reichsrates behandelt und nach seiner Annahme veröffentlicht werden.

Das Reichsfinanzministerium hofft, die Beratungen so beschleunigen zu können, daß die Beratungen bis Anfang Februar abgeschlossen sind. Die in der Presse aufgelauchten Gerüchte über die Einbringung eines Haushalts (Einbringung von zwei Haushaltsbüchse) eilen den Tatsachen voraus.

## Die Frage der Regierungsumbildung.

Ein Berliner Blatt wußte zu berichten, daß der Reichskanzler den Gedanken, eine Große Koalition zu bilden, aufgegeben habe. In politischen Kreisen hält man es aber, wie aus Berlin gemeldet wird, für im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß der Kanzler sich in diesem Sinne geäußert habe.

Im Gegenteil glaubt man mit ziemlicher Sicherheit, daß die Besprechungen über, wenn man will, Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition bereits in aller nächster Zeit, vielleicht schon in dieser Woche — anläßlich der Parteiführerkonferenz mit dem Reichskanzler — aufgenommen werden.

Ob diese Besprechungen den gewünschten Erfolg haben werden, ist freilich eine andere Frage. Jedenfalls werden sich die Verhandlungen einige Zeit hinziehen, denn die Durchführung etwaiger Beschlüsse bezüglich der Regierungsbildung ist wiederum nicht so einfach.

## Spannung im Fernen Osten.

Ein neuer chinesisch-japanischer Zwischenfall. — Chinesisches Versammlungsverbot für alle Ausländer. — Die Ausländer erheben Protest. — Eine Rede des japanischen Ministerpräsidenten.

### Ein chinesisches Patrouillenboot beschlagnahmt.

Seitdem in China die neue Regierung — die sogenannten „Manting-Regierung“ — die Fäden ergreifen und sich bemüht hat, Ordnung in das von inneren Kämpfen schwer zerrüttete Reich zu bringen, ist eine Spannung zwischen China und Japan unverkennbar. Man hat in China den Eindruck, als beabsichtige Japan Eroberungen auf chinesischem Gebiet und als sei ihm zur Erreichung dieses Zieles ein China des Chaos lieber als ein solches der Ordnung. Alle möglichen Zwischenfälle vergrößern die Gegensätze. So wird jetzt wieder aus London gemeldet: Die chinesisch-japanische Spannung hat sich durch die Beschlagnahme eines chinesischen Patrouillenbootes durch japanische Streitkräfte und die Verhaftung der fünf Mann starken Besatzung eines Motorbootes außerhalb der japanischen Konzession in weiterhin verschärft.

Die japanischen Behörden, die behaupten, daß das Motorboot die Blockade gegen das japanische Konzessionsgebiet unterstütze, werden von den Chinesen beschuldigt, den Vorstoß gegen Japan durch ihre feindliche Haltung zu fördern. Das japanische Vorgehen komme unter diesen Umständen einer Mißhandlung gleich.

Die Chinesen haben alle Versammlungen von Ausländern verboten, die in den ehemaligen deutschen und russischen Konzessionsgebieten einberufen waren, um die ernste Lage zu erörtern. Die Ausländer haben gegen die Beschränkung der Freiheit Einspruch erhoben.

## Eine Beruhigungsrede.

Der japanische Ministerpräsident Tanaka hielt im Parlament in seiner Eigenschaft als Außenminister die angekündigte Rede über die weitere Politik Japans gegenüber China. Tanaka führte u. a. aus, daß die japanische Regierung aufrichtig bemüht sei, mit der chinesischen Nation zu einem Ausgleich zu kommen. Japan habe viel Sympathien für das chinesische Volk und sei durchaus bereit, mit China zusammenzuarbeiten und seinen Wiederaufstieg zu unterstützen.

Was die Beziehungen zwischen China und Japan angehe, so stelle die Mandschurei für Japan den Schlüsselpunkt dar. Mehr als eine Million japanischer Staatsangehöriger seien in der Mandschurei ansässig und Japan besitze bedeutende Rechte und Interessen. Er brauche wohl nicht ausdrücklich zu versichern, daß die japanische Regierung die Staatshoheit der Mandschurei durchaus achte und alles in ihrer Macht stehende tun werde, um die Politik der offenen Tür fortzusetzen und die Mandschurei für Eingeborene und Ausländer sicher zu gestalten. Die japanische Regierung sei aber auch fest entschlossen, angemessene Schritte zu tun, wenn in der Mandschurei die Ruhe gestört und die japanischen Interessen geschädigt würden.

Zusammenfassend erklärte Tanaka, daß die japanische Regierung den Wunsch habe, zu einer freundschaftlichen Verständigung mit China zu kommen. Wenn von beiden Seiten im Geiste der Ausgiebigkeit und der Freundschaft an die Regelung der verschiedenen zwischen China und Japan bestehenden Fragen herangegangen würde, dann werde das nicht nur beiden Ländern zugute kommen, sondern dem Fernen Osten im allgemeinen und auch der gesamten Welt große Vorteile bringen.

## Die Kosten der deutschen Parlamente.

1700 Abgeordnete. — Gesamtaufwand 17 Millionen Mark jährlich.

Die Kosten der persönlichen und sachlichen Ausgaben für die deutschen Parlamente im Jahre 1927 zeigten nach der „Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz“ folgende Zusammenstellung:

Der Reichstag mit 493 Abgeordneten brauchte 6.700.000 Mark, der Preussische Landtag mit 440 Abgeordneten 5.314.700 Mark, der Bayerische Landtag mit 109 Abgeordneten 1.254.600 Mark, der Sächsische Landtag mit 96 Abgeordneten 970.000 Mark, der Württembergische Landtag mit 80 Abgeordneten 658.000 Mark, der Badische Landtag mit 72 Abgeordneten 557.000 Mark, der Hessische Landtag mit 70 Abgeordneten 230.090 Mark, der Thüringische Landtag mit 56 Abgeordneten 488.500 Mark. Die acht kleineren Staaten ohne die drei Stadtparlamente der Hansestädte haben zusammen 276 Abgeordnete; die Kosten betragen rund 1 Million Mark.

Reich und Länder haben also 1702 Abgeordnete. Auf die 15 Länderparlamente entfallen 1209 Abgeordnete. Die Länderparlamente erfordern einen Aufwand von 10,5 Millionen Mark; rechnet man dazu den Reichstag mit 6,7 Millionen Mark, so ergibt sich ein Gesamtaufwand von 17,2 Millionen Mark jährlich. Nicht mitgerechnet sind die Senate und Bürgerkassen der drei Hansestädte, weil diese Vertreter zugleich Vertreter ihrer Kommunalverwaltung sind.

## Föderalismus in Oesterreich.

Bundeskanzler Dr. Seipel in München.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel hielt in München einen Vortrag über das Thema: „Föderalismus in Oesterreich“. Den Oesterreichern erscheine in der Verfassung nichts anderes so wichtig, als die Bundesstaatliche Einrichtung. „Der österreichische Föderalismus wird uns oft zum Vorwurf gemacht und begegnet scharfer Kritik. Besonders skeptisch stehen dem österreichischen Föderalismus die Freunde des Anschlusses gegenüber, weil er jeden künftigen Anschluß erschwere. Sie meinen, Oesterreich müsse dann seinen inneren Föderalismus aufgeben. Der Föderalismus braucht nicht zu groß und zu kostspielig zu sein, sondern kann das Mittel der größten Wirtschaftlichkeit der Verwaltung werden.“

Der Bundeskanzler beschäftigte sich dann mit dem Ursprung des österreichischen Föderalismus. Bayern sei, mit österreichischen Augen gesehen, das Mutterland des Zentralismus und des Unitarismus. In Oesterreich hingegen blieben alle einzelnen Gebiete Länder, sie würden niemals Provinzen oder Verwaltungsbezirke werden.

Das Reich sei Oesterreich genommen, jenes Reich, in dem es bis 1806 gelebt habe. Um die Heimat zu erhalten, hätten der Steiermärker, der Tiroler, der Kärntner usw. mit den Brüdern aus den anderen österreichischen Ländern einen neuen Bund geschlossen. Daß der Föderalismus in den österreichischen Ländern so tiefe Wurzeln geschlagen habe, läme von der Schärfe der politischen Gegensätze in Oesterreich her. Die Länder hätten gern zum Föderalismus als einem Abwehrmittel gegen das rote Wien gegriffen.

## Südtirol.

Der deutsche Religionsunterricht auch als Privatunterricht verboten.

Bekanntlich ist seit einigen Monaten der Religionsunterricht in der deutschen Muttersprache in Kirchen und Pfarrhäusern auf Veranlassung der kirchlichen Behörden in Südtirol erteilt worden. Nun haben die faschistischen Behörden in mehreren Gemeinden des Südtirols diesen Religionsunterricht, der mangels geeigneter Räumlichkeiten in Pfarrhäusern und Privathäusern erteilt werden mußte, als Privatunterricht erklärt und verboten. Solche Verbote sind u. a. in Toblach und in Niederdorf erlassen worden. Besonders auffällig ging die Behörde in der kleinen Ortschaft Kappelwies im Unterland südwestlich Merano vor.

Da dort keine Kirche besteht, stellte der Wirt ein Zimmer als Unterrichtsraum für den Religionsunterricht zur Verfügung. Carabinieri drangen in das Zimmer ein, räumten die Schule aus und erklärten dem Gastwirt, daß ihm sofort die Konzession entzogen werde, falls er weiter den Religionsunterricht in seinem Haus gestatten würde.

## Der Kriegsächtingsvertrag.

Vor der Ratifizierung durch Frankreich.

Dem französischen Parlament ist der Gesetzentwurf über die Ratifizierung des Kellogg-Paktes zugegangen. In der Begründung, die Briand im Kammerbüro niedergelegt hat, wird die Vorgeschichte ausführlich geschildert, die auf die von Briand am 24. April 1927 ergriffene Initiative hin schließlich zur Unterzeichnung des Paktes am 28. August in Paris führte.

Die Schlussworte des Gesetzes besagen, daß das französische Parlament mit der Billigung des neuen Paktes erneut den „entschlossenen friedlichen Willen Frankreichs“ zum Ausdruck bringt.

## Neue Vorschläge Rußlands an die polnische Regierung.

Wie aus Moskau gemeldet wird, übermittelte der stellvertretende Außenkommissar Litwinow dem polnischen Gesandten neue Vorschläge für die Unterzeichnung eines Protokolls zur Inkraftsetzung des Kellogg-Paktes. Die Sowjetregierung schlägt vor, daß zunächst ein Protokoll zwischen der Sowjetunion und Polen unterzeichnet werde. Nach der Unterzeichnung dieses Protokolls werde sich die Sowjetregierung an Finnland, Estland und Lettland mit dem Vorschlag wenden, sich an dem Protokoll zu beteiligen.

Die Regierungen, die sich an dem Protokoll beteiligen, verpflichten sich, in aller kürzester Zeit den Kellogg-Pakt und das Protokoll zu ratifizieren und in Kraft zu setzen. Litwinow vertritt die Meinung, daß auf diese Weise eine Entspannung der politischen Lage in Osteuropa eintreten werde. Patek antwortete, er werde die Vorschläge des stellvertretenden Außenministers der polnischen Regierung übermitteln.

## Neues aus Afghanistan.

Aman Allah widerruft seinen Thronverzicht.

Wie aus Kabul gemeldet wird, dementiert die britische Gesandtschaft die Gerüchte über die Ermordung des Königs Habib Allah. Das Dementi erklärt, daß der König die Verhandlungen über die Bildung eines neuen Kabinetts beendet habe. Der König befindet sich in Kabul und bereite einen neuen Angriff gegen Aman Allah vor.

König Habib Allah hat die deutsche und die französische Schule in Kabul geschlossen. Das Inventar wurde verkauft.

Nach einer Meldung aus Herat hat Aman Allah im Hinblick auf die Abhebung Inayat Allahs in Kandahar die Erklärung veröffentlicht, daß er seine Abdankung für nichtig erklärt und die Herrschaft wieder übernimmt.

## Ein vierter König?

Nach Berichten aus Bombah, haben die Schinwaris den Anspruch des Sirdar Mohamed Omar Khan auf den Thron von Afghanistan anerkannt. Mohamed Omar Khan soll mit einer Streitmacht auf Kabul zu marschieren. Die Zahl der Thronanwärter hat sich damit auf vier erhöht. Gleichfalls wird berichtet, daß ein Teil der Anhänger Habib Allahs ihm die Gefolgschaft verweigert habe.

Inayat Allah unterstellt sich Aman Allah. — Neue Kämpfe.

Nachrichten, die über Kairo kommen, besagen, daß König Inayat Allah zu Gunsten seines Bruders Aman Allah auf den Thron verzichtet und sich in seinen Dienst gestellt habe, um den Kampf gegen die Aufständischen fortzusetzen. Inayat Allah erklärte, daß er seine Offiziere von dem ihm geleisteten Eid entbunden und verpflichtet habe, sich sofort König Aman Allah zu unterstellen.

Nach afghanischen amtlichen Meldungen haben die Truppen des Königs Habib Allah einen neuen Angriff gegen den Stamm der Schinwaris unternommen. Die Kämpfe spielen sich in der Umgebung von Gasm und Dschelalabad ab. Die Kämpfe sind noch nicht beendet und beide Seiten haben Verluste erlitten.

Abbruch der Beziehungen zwischen Habib Allah und Rußland.

Wie aus Kabul berichtet wird, hat Habib Allah beschlossen, die diplomatischen Beziehungen zu der Sowjetunion abzubauen. Eingegen soll Habib Allah England ersucht haben, ihm eine Anleihe zu gewähren, aus welcher die Kosten der ersten Regierungszeit bestritten werden sollen. Wie jetzt verlautet, sind die Gerüchte über die Ermordung Habib Allahs durch die Aufdeckung einer Verschwörung entstanden, die Anhänger Aman Allahs gegen Habib Allah angezettelt haben sollen. Die Anführer der Verschwörung wurden standrechtlich erschossen.

## Politische Tagesschau.

— Eine Revolution von kurzer Dauer hat in der mittelamerikanischen Republik Guatemala stattgefunden. Dort hatten Rebellen zwei Städte besetzt, nachdem sie die Regierungstruppen daraus verjagt hatten. Die letzten Berichte aus Guatemala besagen aber, daß der Führer der Rebellen und seine Gefolgschaft nach den Berggebieten fliehen. Die Regierung hat die Verfolgung aufgenommen. Im ganzen Lande ist die Regierung wieder Herr der Lage, und mit weiteren Aufständen wird nicht mehr gerechnet. Die Verluste der Rebellen bei den Zusammenstößen mit den Regierungstruppen sollen bedeutend sein.

— Das Volksbegehren der Organisation „Stahlhelm“. Auf einer Führerversammlung des „Stahlhelm“ in Magdeburg verlas der Bundesführer Seidte eine Erklärung zu dem beabsichtigten Volksbegehren. In der Erklärung, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde, heißt es u. a.: „Die Führer des Stahlhelmbundes der Frontsoldaten, bevollmächtigt und beauftragt von ihren Kameraden, ermächtigen und bitten die Bundesführer, ein Volksbegehren nach Aenderung der Verfassung des Deutschen Reiches bei der Reichsregierung gemäß § 27 Abs. 2 des Reichsgesetzes vom 27. Juni 1921 zu beantragen.“

## Preussischer Landtag.

Berlin, 22. Januar.

Der Preussische Landtag trat am Dienstag zu einer Vollversammlung zusammen. Nach Erledigung kleiner Vorlagen beschäftigte sich das Haus mit einem Antrag des Hauptausschusses über die Abgeltung und mögliche Verhinderung von Unwetterschäden, hauptsächlich in den östlichen und westlichen Landesteilen. Außer zahlreichen Eingeladungen für die betreffende Gebiete wird im Bedarfsfalle zu erlassen sein, zu stunden, auf die Kreise und Provinzen, die anteilig an diesem Darlehen beteiligt sind, einzutreten, im gleichen Sinne zu verfahren und die Verzinsung sofort aufzuheben.

Es folgte die Beratung eines Antrages, der das Staatsministerium ersucht, eine verschärfte Aufsicht über gewerbliche Betriebe durchzuführen. Die Berichterstatterin des Ausschusses, Abg. Frau Hanna (Soz.) erklärte, die Brandkatastrophe in Berlin-Neukölln habe gezeigt, daß eine Erhöhung der Zahl der Gewerbeinspektoren dringend notwendig sei. Ein Regierungsvertreter erklärte, besonders gefährliche Unternehmungen würden im Jahre bis zu viermal durch die Gewerbeaufsicht kontrolliert, doch scheitere eine ausreichende Kontrolle an der zu geringen Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten.

Abg. Sobotta (Komm.) verlangte stärkere Beteiligung der Arbeiter an der Gewerbeaufsicht.

An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Abg. Berge (Völk.) und Kube (Nat.-Soz.) und Hartmann (Dem.). Ein Antrag auf Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten wurde angenommen.

Abg. Bäder (Dnatl.) ersuchte, dem Antrag, daß der Landtag in Fällen, in denen ein Abgeordneter mit der Stellung des verantwortlichen Redakteurs Mißbrauch treibt, der strafgerichtlichen Verfolgung zustimmen wird, trotz der Ablehnung im Ausschusse stattzugeben.

Abg. Kube (Nat.-Soz.) verlangte Rückverweisung des Antrags an die Kommission.

Nach Ausführungen der Abg. Orzmet (Dem.) und Dr. Heimann (Soz.) wurde der deutschnationale Antrag über die Aufhebung der Immunität der Landtagsabgeordneten, die die Abgeordnetenrechte als verantwortliche Redakteure mißbrauchen, gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen. Dann nahm der Landtag einen Antrag an, nach dem die Immunität des Abg. Dr. Ley (Nat.-Soz.) wegen Beleidigung durch die Presse aufgehoben und die Einstellung eines schwebenden Verfahrens gegen den Abg. Kaufmann-Elberfeld (Nat.-Soz.) abgelehnt wird. Das Abstimmungsergebnis wurde mit lebhaften Pfiffrufen von den Nationalsozialisten aufgenommen. Hierauf verlas die Frau auf Mittwoch Tagesordnung: Landwirtschaftsetat (2. Beratung).

## Das Laasphe und Umgegend.

\* Laasphe, 23. Januar. Am vergangenen Montag fand die erste Stadtberordnetenversammlung im neuen Jahre statt, zu der alle 14 Vertreter erschienen waren. Zunächst mußte die Neuwahl des Vizepräsidenten erfolgen, bei der Stadtb. Steinmetz als „Allerpräsident“ den Vorsitz führte. Die Wahl des Vorstehers, die geheim zu erfolgen hat, ergab 7 Stimmen für Stadtb. Sahmannshausen und 7 für Stadtb. Mengel. Das Los mußte entscheiden und fiel, wie auch in den beiden Vorjahren, wiederum auf den Stadtb. Sahmannshausen, der unter Dankesworten die Wahl annahm und nunmehr den Vorsitz übernahm. Die übrigen Wahlen, die von geringerer Bedeutung sind, hatten folgendes Ergebnis: Stadtb. Berordneten-Vorsteher-Stellb.: L. Mengel, Schriftführer: Aug. Langenbach, Schriftführer-Stellb.: A. Steinmetz. 2. Anstelle des aus Gesundheitsverhältnissen zurückgetretenen Magistratsmitgliedes Fr. Treude wurde der Kaufmann Wilhelm Schaumann vom Bürgermeister in sein Amt als Magistratsmitglied eingeführt, nachdem der Bürgermeister zuvor dem Ausgeschiedenen den Dank der städtischen Körperschaft ausgesprochen hatte. 3. In die Wasserversorgungskommission Laasphe wurden gewählt: Hermann Wagner, Dorst Hoffmann und Friedrich Schreiber. 4. Die Neuwahl der Steuerassessoren wurde unterblieben, da nach einem Schreiben des Finanzamtsvorstehers die Amtsperiode der Steuerassessoren bis Juni 1930 verlängert wird. 5. Auf wiederholtes Drängen des Vorsitzenden des Kreisausschusses hatte der Magistrat eine Biersteuerordnung für die Stadt Laasphe beschlossen, nach der der örtliche Bierverbrauch einer Steuer von 10 v. H. unterliegen sollte. Dieser Punkt rief eine längere Aussprache hervor. Die Magistratsvorlage wurde schließlich mit 13 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Mit acht gegen 6 Stimmen wurde dem Magistrat anheimgestellt, zu gegebener Zeit, nämlich falls vom Reich, von Provinz oder Kreis Neuordnung der Biersteuer erfolgen sollte, eine neue Vorlage zu machen. 6. Die Wahlen der Stadt müssen durchgeführt werden. Mit der Hülfe Seite wird der Anfang gemacht. Der Erlös der anfallenden Steuern dürfte den Hauertlohn decken. Hegemeister A. D. Bald hat sich in dankenswerter Weise bereitwillig, die Arbeiten zu beaufsichtigen. — Nach Schluß der Tagesordnung gab Bürgermeister Pränger noch bekannt, daß das Staatsministerium in Sachen der Aufhebung der beiden Wittgensteiner Gutsbezirke seine Entscheidung getroffen habe. Der Plan 2, nach der die Gutsbezirke in verkleinertem Maße als Waldgutsbezirke bestehen bleiben sollen, ist angenommen worden. Nähere Einzelheiten fehlen noch, da die Akten noch nicht eingegangen sind. — Stadtb. Rühl brachte alsdann noch die Kanalisationsfrage der Bahnhofstraße zur Sprache und schilberte die bei jedem Hochwasser dort eintretenden Mißstände. Er forderte dringend Abhilfe dieser ganz unhaltbaren Zustände. Die Sache soll auf die Tagesordnung der nächsten Stadt.-Sitzung gesetzt werden.

und inzwischen ein Fachmann gehört werden. Anschließend geheime Sitzung.

Erndtebrück, 23. Januar. Herr Dr. Kaufhold fuhr etwa fort: Das alles sind die Folgen der Politik der vielen ungetrübten Könige eines parlamentarisch regierten Staates, dank deren auch das Amt eines Abgeordneten von seinem einstigen Ansehen ganz erheblich eingebüßt habe. Bevor Redner eingehend auf die Erwerbslosen-Versicherung zu sprechen kam, entwarf er das folgende Bild über die sozialen Lasten der Jahre 1913 und 1927. Die angegebenen Zahlen sind in Millionen Mark zu verstehen, die in Klammern angegebenen entfallen auf das Jahr 1913. Invaliden 1137 (350), Angestellten 246 (138), Unfall 306 (228), Krankentasse 1705 (487), Erwerbslosen 4723 (1271). Die Arbeitslosen-Versicherung habe dem Staat den Boden vollends ausgezehrt und könne daher in der im Jahre 1927 beschlossene Form unter keinen Umständen fortbestehen. Nicht die Eindämmung der Erwerbslosigkeit habe das Gesetz bewirkt, sondern genau das Gegenteil, deren Förderung. Es könne daher nicht nur heißen, entsprechende Aenderungen an dem Gesetz vorzunehmen, sondern dessen vollständige Beseitigung. Auch hinsichtlich der Schulkassen müsse eine gerechtere Verteilung angestrebt werden, machten dieselben doch heute 90 % des Gesamtsteueraufkommens in den Gemeinden aus. Die Wegebaulasten seien auf die Provinz zu übertragen, wo gegen dieselben auch die Automobilsteuern aufzulesen müßten. — Wie sehr der Kreis noch in politischer Untätigkeit verharrte, davon lege die letzte Wahl, bei der ganze 55 % aller Wahlberechtigten zur Urne geschritten seien, das beste Zeugnis ab. Es sei daher vor allem nötig, daß sich der Bauer die Mühe etwas zurecht räume, um sich den Schlaf aus den Augen wischen zu können. In den großen, geschlossenen Landbund gehört der letzte Mann auf dem Lande, daher müsse mehr Corpsgeist geübt, das Vertrauen unter den Berufscollegen gestärkt werden, denn nur so sei die große Organisation im Reiche in der Lage, die Aufgabe zu erfüllen, die sie sich gestellt habe. Stürmischer und langanhaltender Beifall folgte dem ausgezeichneten Vortrag. Leider sind wir aus besonderen Gründen gezwungen, den Versammlungsbericht hiermit schließen zu müssen. Wir behalten uns aber vor, vielleicht schon in einigen Tagen darauf zurückzukommen.

Erndtebrück, 23. Januar. Aus Sportkreisen wird uns geschrieben: Der vergangene Sonntag stand ganz im Zeichen des Wintersports. Es war der hiesigen kleinen Ortsgruppe des Skiclubs Sauerland gelungen, den von der Reichsbahnverwaltung vorgesehenen Sonderzug Köln — Erndtebrück durch rege Werbereitigkeit auf den Weg zu bringen. So wurden denn alle Vorbereitungen getroffen, um die Gäste wirksam zu empfangen. Pünktlich um 9 Uhr traf der Zug hier ein, nachdem ein Teil der Sportler in Löhle ausgefahren war, um den Weg nach Erndtebrück auf den Skiern zu machen. — Die Teilnehmer der Fahrt kamen aus Köln, Bonn, Beuel-Trossdorf, Siegburg und Elberfeld und waren begeistert beim Anblick unserer herrlichen Winterlandschaft. Nachdem am Bahnhof den einzelnen Gesellschaften geländegerechte Führer zur Verfügung gestellt waren, wurde in den Gaststätten das Gepäck abgelegt und hinausging ins Uebungsgebiet, wo sich bald ein buntes Treiben entwickelte. — Man muß es miterlebt haben, um die Begeisterung zu kennen, die sich der Stadter Demagoge, als sie stundenlang durch verschneite Waldwege und Schneefelder geführt wurden. Dazu schien die Winter Sonne in verzauberten Schönheit und hier und da ging man dazu über, die ungleichen Kleidungsstücke abzulegen und nur leicht bekleidet die Fahrt fortzusetzen. — Wie appetitanregend die Bewegung in der frischen Winterluft ist, davon zeugten die reichlich gebotenen Mittagstische in den Gaststätten. Der wertvollste Teil der Worte eines jungen Kollers, der beim Austragen einer großen Schüssel Kartoffeln auf acht Köpfe fragte: „Wären Sie immer so toll Kartoffel jeßer?“ — Die Schüssel war jedoch nach kurzer Zeit geleert. — Nachmittags begnügte man sich mit Uebungs- und Kunstfahrten im Gelände und waren im Nu einige Hundert Zuschauer am Platze. Leider kam der Abend allzu schnell herbei und als die Sonne sich zum Untergang neigte, da zogen beim Abendroth die Sportler den Quartieren zu, wo leider nur noch eine kurze Zeit der Gemütlichkeit gewidmet werden konnte. Als dann der Zug bestiegen war, gabs ein Händeclücken und Winken, als hätte man sich schon seit langer Zeit gekannt und es waren doch nur einige Stunden. Möge ein Jeder voll Zufriedenheit nach Hause zurückgekehrt sein, uns war es eine Freude, anderen etwas zu zeigen und zu geben von unserem schönen Wittgensteiner Land. Ski Heil! R. W.

— „Krone“ kommt! Nachdem wir in den letzten Jahren Gelegenheit hatten, so ziemlich alle namhaften groß-circus-fischen Unternehmen kennen zu lernen, kündigt nunmehr Circus Krone eine westdeutsche Tournee für das Frühjahr 1929 an. Dort sah man ihn zum letzten Male vor vier Jahren, damals schon als die größte, reisende Schau Europas, die uns als die erste mit dem 3-Mann-System bekannt machte. In der Zwischenzeit hat auch Krone nicht gerastet, und begünstigt durch eine Reihe ununterbrochener internationaler Erfolge ganz einzig dastehenden Formates hat er sich um mehr noch als das Doppelte vergrößert. Zwangsgleichbar waren, schon reiflose Bemühungen um — Krone wird sie alle noch weit übertrumpfen; denn er hat die Quantität wie die Qualität ins schier Unglaubliche gesteigert und wird mit Massen und mit Leistungen aufmarschieren, die wiederum auf einfarmer Höhe zeigen werden. Um nur einige Zahlen zu nennen: 25 Elefanten, 60 Kamele, 252 Pferde, 14 Sebras zeigt er auf einmal in der Manege! — Vier Sonderzüge mit 252 eigenen Wagen transportieren sein Material! — Ein schematischer Zeltballenbau bietet über 12.000 Menschen ganz bequeme Sitzgelegenheit! — Ein zoologischer Park von rund 1000 Tieren fordert alle Stunden zu seiner Besichtigung! Künstlicher und regle-tätig hat Krone die Fesseln alles bereits Bekannten gesprengt; das 3-Mann-System hat er aufgehoben und dem Riesenpaal alt-römischer Rennbahn-Ausmaße wird er Schauspiele zeigen, die bisher noch keinem anderen Wanderunternehmen möglich waren, die besten künstlichen Mittel werden in ihnen mitwirken, die ein Heer von Algenen in allen Ländern der Welt aufzutreiben vermöchte. Der Name Krone und die persönliche Leitung des Unternehmens durch Karl Krone, seinen Schöpfer und alleinigen Besitzer, bürgen dafür, daß Westdeutschland mit seinem Kommen ein überwältigendes Ereignis circus-fischer Art bevorsteht. (Welche größere Stadt in der Nähe Krone besuchen wird, steht bisläufig noch dahin. Nach Laasphe wird er wohl schwerlich kommen. Schriftl.)

Dattenbe  
Krankentafel  
woch innerh  
drei geve

# Wette  
hohen Aende

# Kauf  
fahrtsbriefma  
den Vereinen  
auf. Wie die  
teilt, behalte  
bis zum 30.  
sendungen e

\*\* Kalm  
mord ver  
morde und bi  
war in allen  
hähne. Das v

\*\* Rhein  
feintalzwert  
schwerer Ung  
dazu bemüht  
mit personell  
diesem Arbeit  
Nest des Abg  
stättlich zwisch  
Arbeiter konn  
waren in der  
gewaltigam ge

□ Bier  
eignete sich  
wo im Revier  
dem Gange  
aus Vintfort,  
Leiche geborge  
schweren Ver  
dieser Begru  
abweislich, o

△ Fran  
Reichsbah  
Sonntag r  
Außer den fa  
von Frankfurt  
berg nach K  
nach Schmal  
Frankfurt z  
wurden unge  
Hälfte auf J  
vonstatten ge

△ Bad  
n. u. s. Die  
Noten Kreis  
Sonntag in  
Kolonne C  
waren 25 le  
Die schweren  
einem Schade  
hauptsächlich  
Gegend zu.

△ Nieder  
Die Ruh der  
zur Welt.

△ Fährn  
hiesige Frau  
glitt sie auf  
aus und stür  
Bedauernsw

— Darm  
säure get  
straße, die  
sehen statt  
nachdem sie  
aller Hilfsm

○ Der  
finden in der  
Verhandlung  
eine größere  
Justizverwal  
Teil in sehr  
aufnahme, be  
verbrecher au  
burg zusam  
lungen der  
Unterfragun  
aufstalt umge  
den Wert de  
Zweifel best  
der Verhand  
Posten von  
von dem die  
kommen habe  
mannschaften  
konnte durch

□ Wied  
Gollnow aus  
haus wieder  
zwei nur no  
anderen daga  
verbüßen ha  
beschäftigt  
werden.

□ Ein  
aus Mosk  
„Georg Th  
nördlichen  
eine Savari  
Nähe eine  
entfernt, wo  
Nähe befind  
Befahrung li  
Freier ist er  
andere Werl  
Befahrung u  
Krankenhau

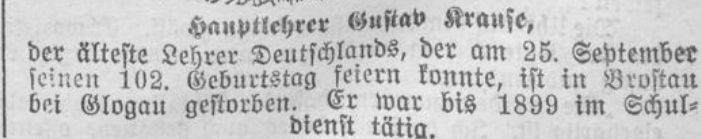
□ Gifi  
aus S. l. a  
dichten Neb  
wischen Re

252  
 253  
 254  
 255  
 256  
 257  
 258  
 259  
 260  
 261  
 262  
 263  
 264  
 265  
 266  
 267  
 268  
 269  
 270  
 271  
 272  
 273  
 274  
 275  
 276  
 277  
 278  
 279  
 280  
 281  
 282  
 283  
 284  
 285  
 286  
 287  
 288  
 289  
 290  
 291  
 292  
 293  
 294  
 295  
 296  
 297  
 298  
 299  
 300  
 301  
 302  
 303  
 304  
 305  
 306  
 307  
 308  
 309  
 310  
 311  
 312  
 313  
 314  
 315  
 316  
 317  
 318  
 319  
 320  
 321  
 322  
 323  
 324  
 325  
 326  
 327  
 328  
 329  
 330  
 331  
 332  
 333  
 334  
 335  
 336  
 337  
 338  
 339  
 340  
 341  
 342  
 343  
 344  
 345  
 346  
 347  
 348  
 349  
 350  
 351  
 352  
 353  
 354  
 355  
 356  
 357  
 358  
 359  
 360  
 361  
 362  
 363  
 364  
 365  
 366  
 367  
 368  
 369  
 370  
 371  
 372  
 373  
 374  
 375  
 376  
 377  
 378  
 379  
 380  
 381  
 382  
 383  
 384  
 385  
 386  
 387  
 388  
 389  
 390  
 391  
 392  
 393  
 394  
 395  
 396  
 397  
 398  
 399  
 400  
 401  
 402  
 403  
 404  
 405  
 406  
 407  
 408  
 409  
 410  
 411  
 412  
 413  
 414  
 415  
 416  
 417  
 418  
 419  
 420  
 421  
 422  
 423  
 424  
 425  
 426  
 427  
 428  
 429  
 430  
 431  
 432  
 433  
 434  
 435  
 436  
 437  
 438  
 439  
 440  
 441  
 442  
 443  
 444  
 445  
 446  
 447  
 448  
 449  
 450  
 451  
 452  
 453  
 454  
 455  
 456  
 457  
 458  
 459  
 460  
 461  
 462  
 463  
 464  
 465  
 466  
 467  
 468  
 469  
 470  
 471  
 472  
 473  
 474  
 475  
 476  
 477  
 478  
 479  
 480  
 481  
 482  
 483  
 484  
 485  
 486  
 487  
 488  
 489  
 490  
 491  
 492  
 493  
 494  
 495  
 496  
 497  
 498  
 499  
 500  
 501  
 502  
 503  
 504  
 505  
 506  
 507  
 508  
 509  
 510  
 511  
 512  
 513  
 514  
 515  
 516  
 517  
 518  
 519  
 520  
 521  
 522  
 523  
 524  
 525  
 526  
 527  
 528  
 529  
 530  
 531  
 532  
 533  
 534  
 535  
 536  
 537  
 538  
 539  
 540  
 541  
 542  
 543  
 544  
 545  
 546  
 547  
 548  
 549  
 550  
 551  
 552  
 553  
 554  
 555  
 556  
 557  
 558  
 559  
 560  
 561  
 562  
 563  
 564  
 565  
 566  
 567  
 568  
 569  
 570  
 571  
 572  
 573  
 574  
 575  
 576  
 577  
 578  
 579  
 580  
 581  
 582  
 583  
 584  
 585  
 586  
 587  
 588  
 589  
 590  
 591  
 592  
 593  
 594  
 595  
 596  
 597  
 598  
 599  
 600  
 601  
 602  
 603  
 604  
 605  
 606  
 607  
 608  
 609  
 610  
 611  
 612  
 613  
 614  
 615  
 616  
 617  
 618  
 619  
 620  
 621  
 622  
 623  
 624  
 625  
 626  
 627  
 628  
 629  
 630  
 631  
 632  
 633  
 634  
 635  
 636  
 637  
 638  
 639  
 640  
 641  
 642  
 643  
 644  
 645  
 646  
 647  
 648  
 649  
 650  
 651  
 652  
 653  
 654  
 655  
 656  
 657  
 658  
 659  
 660  
 661  
 662  
 663  
 664  
 665  
 666  
 667  
 668  
 669  
 670  
 671  
 672  
 673  
 674  
 675  
 676  
 677  
 678  
 679  
 680  
 681  
 682  
 683  
 684  
 685  
 686  
 687  
 688  
 689  
 690  
 691  
 692  
 693  
 694  
 695  
 696  
 697  
 698  
 699  
 700  
 701  
 702  
 703  
 704  
 705  
 706  
 707  
 708  
 709  
 710  
 711  
 712  
 713  
 714  
 715  
 716  
 717  
 718  
 719  
 720  
 721  
 722  
 723  
 724  
 725  
 726  
 727  
 728  
 729  
 730  
 731  
 732  
 733  
 734  
 735  
 736  
 737  
 738  
 739  
 740  
 741  
 742  
 743  
 744  
 745  
 746  
 747  
 748  
 749  
 750  
 751  
 752  
 753  
 754  
 755  
 756  
 757  
 758  
 759  
 760  
 761  
 762  
 763

□ **Schiffszusammenstoß bei Skagen.** Nach Meldungen aus Skagen stieß ein Rutter nördlich von Skagen in Folge dichten Nebels mit einem Postdampfer, der den Verlehrs zwischen Britanien und Trebichstan versieht, zusammen.

Frau Bertha Oßlerich erhielt deshalb vom Gericht in Berlin unter Einbeziehung einer bereits früher gegen sie erkannten und auf viereinhalb Jahre lautenden Strafe wegen Verleitung zum Meineide in zwei Fällen, Aufstiftung zum

Konstantinopel, 23. Januar. Das Stambul-  
Griechenviertel Tatabla steht seit Montagabend in Flammen.  
Ein starker Nordwind begünstigt die Ausbreitung des Feuers.  
Eisige Kälte und Schnee behindern die Löscharbeiten und er-  
schweren das Glend der Abgebrannten. Der Umfang des  
Schadens ist noch nicht zu übersehen.



(Fortf. folgt.)